

Klimastreiks – Anregungen und Hilfestellungen für Erziehungsberechtigte

Weltweit wehren sich immer mehr junge Menschen gegen die Untätigkeit ihrer Politiker*innen in Sachen Klimaschutz. Sie gehen für ihre Zukunft auf die Straße. Auch in Deutschland streiken jeden Freitag Schüler*innen für das Klima. Sie fordern von der Regierung, dreckigen Strom, schnelle Autos und billiges Flugbenzin zu verbieten. Die Verantwortung der Politik für die Klimakrise ist so in das Zentrum der gesellschaftlichen Debatte gerückt.

Die Schüler*innen haben entschieden, dass ihr Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit und ihr Recht, sich für die Zukunft des Planeten einzusetzen, mehr wiegt, als die Schulpflicht. Diese Position wird von vielen Erwachsenen unterstützt, unter anderem auch der „Parents for Future“ Bewegung.

Eltern, die sich fragen, wie sie ihr streikendes Kind unterstützen können, möchten wir hier ein paar Tipps geben:

1. Ehrlich sein

Wir empfehlen, keine „falschen Entschuldigungsschreiben“ wie etwa Krankschreibungen zu verfassen, sondern in die Auseinandersetzung zu gehen. Informieren Sie die Lehrer*innen, warum Ihr Kind an dem Tag von der Schule fernbleiben möchte. Regen Sie so eine Auseinandersetzung der Schule mit demokratischem Engagement, praktischem Lernen, der Klimakrise und des möglichen Umgangs der Schüler*innen damit an.

2. Schul-Exkursionen im Rahmen des Unterrichts

Die Lehrer*innen können mit ihren Schüler*innen Exkursionen planen, um beispielsweise im Rahmen des Gesellschaftskundeunterrichts zum Freitagsstreik zu gehen. Appellieren Sie an die Lehrer*innen ihres Kindes, diese Möglichkeit zu nutzen und Themen wie die Klimakrise oder demokratische Strukturen und Teilhabe anhand der Schüler*innenbewegung zu besprechen. Statt die Proteste als Regelverstoß zu interpretieren, sollten die staatlichen Institutionen erkennen, dass hier ein Lernraum für Demokratie und Mitbestimmung entstanden ist, der gemeinsam gestaltet werden sollte. Dazu können Sie diese [Vorlage von Parents for Future](#) nutzen.

3. Beantragen Sie eine Befreiung vom Unterricht

Sie können bei der*dem Klassenlehrer*in im Voraus schriftlich eine Befreiung vom Unterricht beantragen. Geben Sie als Grund die Teilnahme an der Veranstaltung/Demonstration an. Es liegt in der Regel im Ermessen der Schule, ob dieser Antrag auf Schulbefreiung bewilligt wird. Geschieht dies, so kann Ihr Kind an der Veranstaltung teilnehmen. Wie bei einem Krankheitstag sind schulische Leistungen ggf. nachzuholen. Auf fridaysforfuture.de finden Sie eine [Vorlage für die Beurlaubung](#).



4. Elternvertretung einschalten

Wenn die beantragte Befreiung abgelehnt wird, suchen Sie sich Unterstützung in der Elternschaft, um das Thema an die Schulleitung heranzutragen. Wenden Sie sich zunächst an die Elternsprecher*innen, am besten auch parallel direkt an den Schulelternrat. Informieren Sie auch andere Eltern der Schule, etwa über eine Klassenliste und bitten Sie darum, dass alle anderen betroffenen Eltern sich ebenfalls an die Elternvertretungen wenden. Bitten Sie den Schulelternrat, kurzfristig das Gespräch mit der Schulleitung zu suchen, um Lösungen zu entwickeln, die den oben genannten Kriterien an Demokratiebildung und Lernraum gerecht werden.

Unterstützen Sie Ihr Kind, indem Sie versuchen, die Diskussion weiterzutragen und je nach Verlauf auch die Schulgremien damit zu beschäftigen. In diesem Sinne hat bereits der Landeselternausschuss in Berlin ein [Schreiben an die zuständige Behörde](#) gerichtet, an dem Sie sich orientieren können.

5. Nicht aufgeben

Sollte sich weder auf dem kleinen Wege mit der*dem Klassenlehrer*in noch auf dem großen Wege über die Schulleitung/Schulgremien eine für Ihr Kind zufriedenstellende Lösung finden, geben Sie nicht auf. Unterstützen Sie die Schüler*innen, indem Sie helfen Diskussionsrunden oder Expertengespräche in der Schule zu organisieren. Bleiben Sie mit den Lehrer*innen im Gespräch. Vielleicht lassen diese sich auf ein Format wie „das streikende Klassenzimmer“ (Idee aus Wien, www.fridaysforfuture.at) ein, bei dem der Unterricht an dem Ort des Streikgeschehens stattfindet. Als letzten Schritt empfehlen wir, sich an das Kultusministerium oder auch an die Landesregierung zu wenden und sich dabei auf den Bildungsauftrag zu berufen.

Hintergrund

BUND und BUNDjugend unterstützen die Kundgebungen und Demonstrationen und haben sich mit der Bewegung „Fridays for Future“ solidarisch erklärt. Der Staat, hier im Konkreten die Kultusministerien, die Schulverwaltungsämter und die Schulleitungen, sind gefordert, diesen wichtigen Protest zu ermöglichen, denn nur dies wird den engagierten Schüler*innen gerecht. Es wäre fatal, wenn sie erleben müssten, dass ihr Beitrag zur Demokratie und Zukunftsgestaltung mit Ordnungsrecht beantwortet und ausgehebelt werden würde.

Der Bildungsbegriff hat sich relevant weiterentwickelt, weg von der schlichten Wissensvermittlung hin zum Erwerb von Kompetenzen – mit Konzepten wie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und über staatliche Programme wie „Transfer21“ wurde dies im letzten Jahrzehnt bereits in den Schulen verankert. Wesentliche Erkenntnis dabei war, dass Lernen besonders hohen Erfolg hat, wenn dies in der Praxis und in realen Projekten geschieht – wie jetzt bei dem Engagement von Fridays for Future. Daher ist es aus unserer Sicht auch so wichtig, dass Schulen die Schüler*innen in diesem Lernen unterstützen und hierfür aus pädagogischen Gründen den Raum öffnen.